

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Anzeigerredaktionen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 20 Pf. —

Redaktionsadresse: Die Anzeigerredaktion für das Erzgebirge, Postfach 100, Auerbach. — Druckerei: Die Anzeigerdruckerei, Postfach 100, Auerbach.

Telegramme: Lagerplatz Auerbach. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. — Postfach-Adresse: Auerbach, Postfach 100.

Nr. 205

Donnerstag, den 3. September 1925

20. Jahrgang

### Beginn der Völkerverbundstagung.

Chamberlain und Briand in Genf. — Zuerst Behandlung der Moskaufrage. — Die Tagesordnung. — Die deutsche Sensation.

Genf, 1. Sept. Im Laufe des Dienstag sind die englische und die französische Delegation fast vollständig in Genf eingetroffen. Mit der englischen Delegation kamen außer Chamberlain auch Sir Robert Cecil und Sir Graham an. Briand war von Doucet und Claupe, dem Leiter der Völkerverbundabteilung am Quai d'Orsay, begleitet. Chamberlain und Briand nahmen entgegen früherer Disposition ihre Besprechungen bereits am Dienstag auf.

Es steht noch nicht fest, ob die Ratmitglieder bereits am Mittwoch vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammentreten werden. Man nimmt jedoch allgemein an, daß im Falle einer öffentlichen Sitzung sofort mit der Behandlung der Moskaufrage begonnen wird.

wobei der englische Außenminister Chamberlain und der türkische Außenminister Tewfik Ruchdi Bey den Standpunkt ihrer Regierungen darlegen werden. In englischen Kreisen regnet man damit, daß der Völkerverbundrat in der Moskaufrage während seiner Herbsttagung keine Entscheidung treffen, vielmehr die Angelegenheit auf seine Dezembersession vertagen wird. Ein solches Vorgehen sei gleichbedeutend mit einer Empfehlung zur Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen der Türkei und England. Eine derartige Regelung findet jedoch bei der hiesigen türkischen Delegation vorerst keine Gegenliebe. Die türkische Delegation rechnet vielmehr mit Bestimmtheit darauf, daß der Völkerverbundrat in der bevorstehenden Herbsttagung seine endgültige Entscheidung fällt und scheint entschlossen zu sein, ihrerseits alles zur Herbeiführung einer baldigen endgültigen Entscheidung des Rates zu versuchen. Auf

der vorläufigen Tagesordnung stehen weiterhin folgende Fragen: Eine Reihe von Kommissionsberichten, finanzielle und Verwaltungsfragen und die Fragen der Minderheiten in Litauen, Bericht der ständigen Mandatskommission, Bericht der Verkehrs-kommission, der Kommission für internationale intellektuelle Zusammenarbeit, weiterhin die Bestätigung der Ernennung der stellvertretenden Mitglieder der Saarkommission, die Frage der griechischen Minderheiten in Konstantinopel und der türkischen Minderheiten in Ostgriechen, Bericht der beratenden Obitumkommission, ferner Bericht des Generalkommissars für Oesterreich über dessen finanzielle Sanierung, Bericht über die von Sachverständigen des Völkerverbundes veranstaltete Untersuchung der Wirtschaftslage Oesterreichs, Bericht des Generalkommissars für Ungarn über die finanzielle Lage dieses Landes. Ferner zwei Danziger Fragen: die Abgrenzung des Hafens mit Bezug auf den polnischen Postdienst sowie die Frage der Abgrenzung des polnischen Munitionsdepots im Danziger Hafen. Die ursprünglich ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Frage der Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone wird gemäß einem vom Rate in seiner Märzsession gefällten Beschluß zu weiterer Prüfung vertagt.

Die Sensation der am Donnerstag beginnenden Tagung des Völkerverbundes ist die deutsche Frage. Niemand in Genf erwartet, daß Deutschland noch zu dieser Tagung sein Aufnahmegesuch stellen wird, aber das politische Schwerkraft dieser Tagung wird diesmal in den Diskussionen hinter den Kulissen liegen. Die erwartete Sensation, eine Schweizer Reise Stresemanns, ist ein weiterer vorbereitender Schritt zur Konferenz.

### Die Verfassung für Südwestafrika.

Im Vollrat der Union in Kapstadt beantragte am 18. Juli General Herzog die zweite Lesung des Verfassungsgesetzes für Südwestafrika. Er erklärte, die Finanzlage des Schutzgebietes sei gesund. Zweifellos werde die Bevölkerung künftig für die Ausgaben selbst zu sorgen haben. Freilich müsse die Regierung als Mandatarmacht stets höchste Gelehrtheit bleiben, sie dürfe ihre Macht nicht aus der Hand geben und dürfe deshalb der gesetzgebenden Körperschaft und der Exekutive Südwestafrikas nur bedingte Macht geben. Südwestafrika bleibe ein Land, das niemals selbst besteuert und seine Hilfsquellen selbst entwickeln könne. Die Bevölkerung müsse bald einsehen, daß ihre Interessen mit denen der Union identisch seien, und daß es das Beste für sie sei, in enger Fühlung mit der Union zu kommen. Seiner Herrschaft, An sich nach, erkenne die große Mehrheit der Bevölkerung schon jetzt, daß ihr schließliches Ziel mit der Union zusammenliege. Den Farbigen in Südwestafrika könne man das Wahlrecht nicht verweigern, ohne es auch den Farbigen in Südafrika zu geben. Im Januar und Februar 1926 wolle er über die Eingeborenen- und Farbigenpolitik neue Vorschläge vorlegen, dann könne auch über das Wahlrecht der Farbigen in Südwestafrika gesprochen werden.

General Smuts beglückwünschte die Regierung zu dem unternommenen Schritt; die Angelegenheit dürfe nicht im Parteiliche behandelt werden. Eine Verzögerung in der Bewilligung einer Verfassung hätte zu Mißverständnissen geführt. Er teile nicht die Ansicht, daß man den Deutschen nicht trauen dürfe, sie hätten sich nicht nur korrek, sondern seit der Befreiung mühten sich zu würdevollen Verhalten. Smuts, so heißt es weiter in einem Reutersbericht, sollte auch der Haltung der deutschen Regierung warme Anerkennung und erklärte, die deutsche Regierung habe, soweit sie selber in Betracht komme, die Zukunft Südwestafrikas als abgeschlossen an. In Anbetracht dieser Haltung wäre es tölpelhaft, der deutschen Bevölkerung kein Vertrauen entgegenzubringen. Er, Smuts, hätte es am liebsten gesehen, wenn in der Verfassung eine Vertretung Südwestafrikas im Unionparlament vorgesehen worden wäre. Er fordere keine Annetktion, aber bei der Ausübung des Mandats müsse auch das Parlament mitwirken. In der Verfassung sei Südwestafrika nicht viel Selbstverwaltung zugestanden. Gerade die wichtigsten Vollmachten seien ausgenommen. Seiner Ansicht nach hätte man der Bevölkerung Südwestafrikas mehr Vertrauen entgegenbringen und ihr eine wirkliche Vertretung geben sollen.

Die deutsche Presse Südwestafrikas benützt die Gelegenheit, erneut zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Bevölkerung Südwestafrikas keineswegs mit dem Verfassungswerke zufrieden ist. Nachdem die Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit sich hätten naturalisieren lassen, so schreibt die „Windhuker Allgemeine Zeitung“, hätte man die Einhaltung der gemachten Versprechungen erwarten können; statt dessen erhalte man eine Verfassung, die nichts bedeute. Die nötigen Gelder für die notwendigen Ausgaben aufzubringen, sei wohl das einzige Recht, das zugestanden worden sei. Die Deutschen würden trotz des Erwerbes der britischen Staatsangehörigkeit als zweifelhafte Bürger behandelt und müßten sich im eigenen Lande von „erbklassigen“ Bürgern der Union regieren lassen und das dazu nötige Geld beschaffen. Herzog spreche immer nur von „anderen Provinzen“ und die Naturalisierung sei nur ein weiterer Schritt zur Annetktion. Es sei vollkommen unrichtig, daß die Mehrheit der Bevölkerung Südwestafrikas eine Annetktion wünsche. Nicht nur sämtliche Deutschen, die beinahe die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sondern auch ein Teil der übrigen Bevölkerung Südwestafrikas sei gegen die Annetktion, die rein wirtschaftlich gesprochen, den Ruin für Südwestafrika bedeute. Als General Smuts die Regierung in der Hand hatte, lehnte General Herzog in der Opposition jeden Annetktiongedanken ab. Jetzt seien die Rollen vertauscht. Die neue Verfassung sei ein rein politischer Schachzug ohne jede wirtschaftliche Erwägung. Gerade General Herzog hätte man anders erwartet. Was heute geschähe, geschähe gegen den Willen der Bevölkerung.

Die „Überblick-Zeitung“ sagt, daß der Ausbau der jetzt aufstrebenden Verfassung nicht nur Sache der Deutschen, sondern aller Bevölkerungsteile sei, denen man Steine statt Brot gebe. Es schließt sich der Ansicht der Kapstädter Wochenchrift „Der Deutsch-Afrikaner“ an, die offen erklärt, daß ihr das Gesetz gar nicht gefalle und daß man von Herzog und seinen Genossen etwas ganz anderes hätte erwarten müssen. Der Gesetzentwurf sei ein wenig schönes Dokument. Die Deutschen Südwestafrikas müßten sich jetzt sofort organisieren, denn nur Einigkeit, geschlossenes Auftreten und gute Führung könnten jetzt noch etwas erreichen.

Der Verfassungsentwurf wurde Reuters Telegrammen zufolge am 21. Juli mit nur wenigen und unwesentlichen redaktionellen Änderungen im Vollrat angenommen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß auch der Senat diese Annahme bestätigen wird.

### Dr. Ekeners Rede in Leipzig.

Ekeners lehnt eine Zusammenarbeit mit Amundsen ab. Leipzig, 1. September. Dr. Ekeners hielt heute im Rahmen der Messe einen Vortrag über „Weltwirtschaft und Luftschiffahrt“. Die naheliegenden wirtschaftlichen Bedenken, die ihn vor und bei der Abfassung seines nunmehr ins Reich hinausgegangenen Aufsatzes bedrückt hätten, habe er schließlich hinter die Erwägung treten lassen, daß das deutsche Volk gerade in diesem Augenblicke wirtschaftlicher Wehrdrang sein Lebenswillen kräftig dazun tun sollte. Wenn ihm von gewissen Seiten vorgeworfen worden sei, daß er die Förderer des Friedrichshafener Werkes nicht erst umständlich nach „reinblütiger“ Abstammung auswähle, so betone er demgegenüber mit aller Deutlichkeit, daß sich sein Aufruf an alle Deutschen wende. Zum Kapitel der

### Deutschfeindlichkeit Amundsens

bemerkte Dr. Ekeners, daß er bei seinem Zusammentreffen mit dem Norweger noch nicht dessen Haltung während des Krieges gekannt habe. Heute, wo er die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung gegen Amundsen kenne, wolle er für seine Person mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten. Aber darüber hinaus bemerkte Dr. Ekeners grundsätzlich, daß es nachgerade angebracht wäre, unter gewisse Rücksicht der Kriegssphäre endlich einen klaren Schlussstrich zu ziehen.

Den Einwand, daß heute der Bau eines Polar-Gezells glatte Verschwendung wäre, wies Ekeners damit ab, daß der Neubau zugleich mit der erfolgten wissenschaftlichen Ausbeute auch den Beweis der konstruktiven Eignung des Luftschiffes für den Überseeverkehr liefern solle. Nach dem Verlauf von rund 2500 perzentlich ausgeführten Gezellsfahrten habe er auch nicht den leisesten Zweifel an der völligen Betriebssicherheit der Friedrichshafener Luftriesen.

### Aufhebung des Uniformverbotes.

#### Erlass des Reichspräsidenten.

Unter dem 28. August ist folgende Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergangen:

§ 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt 1921, Seite 1251) wird hiermit aufgehoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Gez.: Der Reichspräsident, v. Hindenburg.  
Gez.: Der Reichspräsident, Dr. Schulz.

### Cleve geräumt.

Cleve, 1. Sept. Als erste Stadt der nördlichen Welt 1918 besetzten Wehrtruppen ist die Stadt Cleve von den belgischen Besatzungstruppen geräumt worden. Die Kaserne wurde heute der Stadtverwaltung übergeben. Es verblieb eine unsichtbare Besatzung im Ort, bestehend aus einem Delegierten und einigen Gendarmen.

### Die Auslandsdeutschen an das besetzte Gebiet.

Halle, 1. Sept. Die heute hier auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Halle zur Beschäftigung des Halle'schen Industriegebietes weilenden Auslandsdeutschen haben an den Herrn Reichsminister für die besetzten Gebiete zur Weiterleitung an das besetzte Gebiet folgendes Telegramm gefandt:

„Die zur Tagung in der Heimat versammelten Auslandsdeutschen senden den unter Besatzungsherrschaft stehenden Heimatdeutschen ihre treudeutschen Grüße mit dem Wunsch: Halte aus, bis die Freiheit grüßt.“  
Tagungsleitung, von Truppel.“

### Trommeln und Pfeifen im besetzten Gebiet verboten.

Bonn, 1. Sept. Die Stadtverwaltung veröffentlicht ein Schreiben des französischen Oberdelegierten, in welchem dieser jedes Auftreten von Trommeln und Pfeifen bei Umzügen und ähnlichen Anlässen verbietet.

### Im besetzten Gebiet zugelassene Steuergesetze.

Köln, 1. Sept. Die Rheinlandkommission hat beschlossen, daß bis am 10. und 11. August vom Reichstag angenommenen Steuergesetze in den besetzten Gebieten sofort in Kraft treten können.

### Für Preislenkung auf dem Lebensmittelmarkt.

Berlin, 2. Sept. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden gestern Besprechungen mit Vertretern der großen Verbände von Industrie und Handel über die Frage der Preislenkung auf dem Lebensmittelmarkt statt. Ministerialdirektor Weberlein betonte, die Reichsregierung lege den größten Wert darauf, daß die Verbände sich bei ihren Mitgliedern mit allem Nachdruck für eine Herabsetzung der Preise auf ein normales und erträgliches Maß einsehen. Von den Verbänden wurde zwar auf die schwierige Lage einzelner Wirtschaftsgruppen hingewiesen, im übrigen jedoch die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Reichsregierung bei ihrer Preislenkungsaktion tatkräftig zu unterstützen.

! Touristen, DutzKüche, scher, f. Reitpferde.  
Kaufhaus, abt Schneberg, ere. Stelle empfohlen.  
etzsch  
Aussicht, bei hlen.  
hlema  
schattiger  
e. 14  
schaften u. Steffner.  
eb.  
erhaus"  
us ersten Rang e  
lieber Antalt  
nach Karibad.  
Gustav Anton.  
auskapelle  
Vermietung  
Keller.  
ben"  
ftshaus.  
Ersche.  
ein alter  
erien zu lich  
und Subl  
e alle mög  
liche anstelt  
er als lebende  
des Orts de  
zeit seine  
r. Nicht ein  
ist sicher vor  
ist ihm eben  
mitingschiff  
p welche Sa  
stände. Ein  
il gibt er lie  
g eines Weir  
aus feinsten  
epentind be  
ce auf Onese  
Brillantrab  
ben nun als  
s hängt lang  
gleich wird er  
wachen.  
Zepentind  
schönen, glit  
gung, macht  
smelbig und  
ein Schuß,  
elt wird, hält  
ein mit mine  
ren. Außer  
de und mit  
glängt im Au,  
Hre Schuß  
staltages z. l.